

Better und gegen die Kapitalisten bereit sei. Wir haben noch der Wahl des Herrn von Hindenburg nicht nur der Sozialdemokratie, sondern der Gesamtheit der Reichsbanner-Parteien unsere Unterstützung angeboten für eine Regierung, die auch nur die allerhöchsten Forderungen des wertigen Volkes erfüllt. Forderungen, die nicht kommunistisch, nicht einmal sozialdemokratisch waren, die nichts weiter waren, als die Erfüllung aller jener schon Versprochenen, die auch von Zentrum und Demokraten ihren Wählern oft gemacht wurden. Wir bekamen keine Antwort.

Wir haben in unserem Offenen Angebot dem ADGB und der Sozialdemokratie ein gemeinsames parlamentarisches und außerparlamentarisches Vorgehen gegen den Zollwucher vorgeschlagen. Auch sozialdemokratische Blätter haben zugeben müssen, daß bei einem gemeinsamen Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten die parlamentarische Obstruktion der Zollgesetze möglich gewesen wäre. Und jeder Arbeiter weiß, daß ein von der Einheitsfront der ganzen Arbeiterklasse getragener außerparlamentarischer Kampf zur Verhinderung des Zollwuchers noch heute das Schlimmste abwenden kann. Aber wir bekamen keine Antwort.

Wir haben dann allein im Parlament den Kampf aufgenommen für die wertigen Massen und forderten SPD und ADGB auf, uns zu unterstützen. Unsere Abgeordneten trafen mit Hermann Müllers Unterstützung heraus, weil sie mit allen Mitteln den Raubzug verhindern wollten.

Die „Linke“ sozialdemokratische Presse fand große Worte und zeigte „Sympathie“ für uns, aber keine Taten. Wir forderten sie auf, mit uns zusammenzugehen, gemeinsame Aktionsausschüsse zu bilden. Durch die Zeit sollten die „Linken“ beweisen, daß sie mehr waren als bloße Strohrippen der Zollräuber. Wir bekamen keine Antwort.

Die Reformisten wollten mit uns im Kampfe nicht zusammengehen, weil sie noch immer vor der Bourgeoisie auf dem Sauche rutschen, weil sie noch immer auf die „große“ oder „ganz große“ Koalition hoffen. Aber die Arbeiter müssen einsehen, daß ihnen die Koalitionspolitik nur Hunger, Elend und blasse Bohnen gebracht hat und weiterhin bringen wird. Und sie müssen mit dieser Politik endgültig Schluss machen.

Ministerpräsident, Steuerrat und Zollwucher sind da. Wenn wir leben wollen, dann müssen wir kämpfen. Wir alle, gleichgültig welcher Partei wir angehören. Und in diesem Augenblick muß sich jeder christliche Arbeiter fragen: Kann dieser Kampf geführt werden mit den Mitteln der Koalitionspolitik und der Wehrschwäche, die uns nur immer tiefer ins Elend hineinzerstört, die die deutsche Gegenrevolution von Stuppe zu Stuppe vorwärtsdrückt haben?

Denn ausdrücklich darüber nach und zieht daraus die Konsequenzen: Ueber die Kräfte der verächtlichen Fühler hinweg bildet vor unten heraus die Einheitsfront des wertigen Volkes zum Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer!

Der Reichstag nimmt der Zollvorlage zu

(U.) Berlin, 13. August.

Der Reichstag beschäftigte sich mit dem Reichstag verabschiedeten Gesetzen und kamme ihnen zu. Zur Forderung für Sozial- und Kleinrentner erklärte Staatssekretär Weigmann für Brauen, daß die Durchführung der Reichstagsschlüsse völlig unmöglich sei, wenn das Reich nicht die Mittel bereit stelle. Die preussische Regierung werde die Reichsregierung bitten, das Gesetz nicht über zu verhandeln, bevor das Reich nicht die erforderlichen Mittel bereitgestellt habe. (1)

Die Zollräuber noch unzureichend

(U.) Berlin, 13. August.

Die Sozialdemokratische Reichslandbundes hat zum Kompromiss eine Entscheidung gefaßt, in der heißt: „Weder der von der Regierung vorgelegte Zolltarif, noch das von den Parteien vereinbarte Zollkompromiß sind zureichend, um die Landwirtschaft in den Stand zu setzen, ihre gegenwärtigen nationalen Aufgaben (1) zu erfüllen und die volkswirtschaftlichen Gefahren der politischen Handelsbilanz zu beseitigen. Der Reichslandbund kann deshalb in dem vorliegenden Kompromiß nur einen schrittweisen Schritt auf dem Wege zu dem großen nationalen Ziele (der völligen Ausrottung der deutschen Arbeiter. Kampfb. Red.) erkennen. Der Reichslandbund wird alle Kräfte einbringen, die eine endgültige Lösung der großen wirtschaftlichen Fragen in dem von ihm vertretenen Sinne durchzusetzen.“

„Volksblatt“-Berichterstattung

Das „Volksblatt“ bringt in seiner gestrigen Nummer folgenden „wahrheitsgetreuen“ Bericht über die Vorgehänge im Reichstag bei Annahme der Zollvorlage.

„Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie ein solches Unabwendigkeit nicht annehm. Sie vertritt bis auf die Abgeordneten Müller-Branten und Dittmann den Saal, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie jede Verantwortung für diesen Zolltarif vor dem Volk ablehnen. Die Kommunisten blieben im Gegensatz. Abgeordneter Reenen gab für sie eine Protesterklärung ab, die sich natürlich im wesentlichen gegen die Sozialdemokratie richtete.“

Auf Grund dieses Berichtes muß jeder annehmen, die Kommunisten wären im Saale geblieben und hätten auf diese Weise die Zollräuber indirekt unterstützt. Wie sich die Dinge in Wirklichkeit abgespielt haben, mag jeder, der ein getreu übermitteltes Bild des Reichstages kennen will, aus folgenden sozialdemokratischen Berichterstattungen entnehmen.

„Vorwärts“ vom 12. August abends:
„Dieser neue Zolltarif der Reichsparteien war unnötig, da die Sozialdemokratie es nach ihrer Ablehnung im Reichstag an der weiteren Beratung der Zollvorlage, die in Wirklichkeit nur noch eine Komodie ist, gar nicht mehr beteiligen und die beiden anderen Oppositionsparteien sich auf Erklärungen beschränken. Die von Reenen vorgelesen wird, ist unendlich lang, kein Mensch auf der Rechten hört zu. Die Erklärung behandelt erst die Steuerfrage, dann den Zolltarif und schließlich wird darin fertig gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften polemisiert. Die Kommunisten verlassen darauf gleichfalls den Saal.“

„Reiziger Hoffseitung“ vom 12. August:
„In seiner heutigen Vorbereitungsbesprechung beschäftigte sich der Reichstag zunächst mit der dritten Lesung der Zollvorlage. Von den Oppositionsparteien wurden Erklärungen abgegeben, während sich die Sozialdemokraten und Kommunisten auf dem Saale entfernt hatten. Die Schlussabstimmung ging demzufolge in Abwesenheit der beiden Oppositionsparteien vor sich und haben, wie bereits die Abstimmergebnisse der zweiten Lesung, keine weiteren Explosionen zur Folge gehabt. Die 3. Lesung des Zollgesetzes war bereits vormittags kurz nach 11 Uhr erledigt.“

Nur eines verbleibt uns nicht: wie sich noch immer Arbeiter und die sich aus dem „Volksblatt“ über die politischen Ereignisse informieren wollen!

Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion zur Hindenburg-Amnestie

In der Reichstagsfraktion vom 12. August, über die wir gestern bereits kurz berichtet haben, wurde nach Ablehnung sämtlicher kommunistischer Entwürfe die Schand-Amnestie der Kaiser-Regierung angenommen. Vor der Schlussabstimmung gab Genosse Slosser im Namen der kommunistischen Reichstagsfraktion folgende Erklärung ab:

Jahrzehnte Gefangene, die unter die Amnestie fallen, haben uns dringlich aufgefordert, nicht für diese Teilmassie zu stimmen. Sie würden lieber weiter inhaftiert bleiben, um dann zusammen mit all ihren Kameraden herauszukommen. Wenn wir uns dennoch entschlossen haben, trotz unserer scharfen Kritik an dieser Vorlage für diese Teilmassie zu stimmen, so besonders deshalb, weil die Vorbereitungen, die der Einbringung dieser Vorlage vorausgegangen, ergeben haben, daß von unserer Abstimmlung wesentlich das Zustandekommen dieser Amnestie abhängt. Die Verantwortung aber für das Scheitern dieser Teilmassie wollen wir nicht übernehmen. Täuschen Sie sich nicht, meine Herren,

Der Kampf um die Generalamnestie, um die Vollamnestie, geht weiter.

Wegen Sie die proletarischen zu Haftausgelassenen achten und schätzen, für die deutsche Arbeiterklasse und für uns sind keine Männer hinter den deutschen Justizbauern die Selten der proletarischen Revolution. (Starker Beifall h. d. Komm.) Ihnen gilt unser heißer Gruß, ihnen unser Gebührendes, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte der proletarischen Gefangenen die Kerkerthore geöffnet worden sind. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

(Die dieser Erklärung vorausgegangene Rede des Genossen Slosser auf der 3. Seite!)

Die preussische Amnestie

(U.) Berlin, 13. August.

Wie der Alltägliche Preussische Pressebericht mitteilt, steht die preussische Landesamnestie zunächst entsprechend der Reichsamnestie für die in dieser aufgelisteten Kategorien unter den gleichen Voraussetzungen und in dem gleichen Umfang Straftäter und Wiederholungslügler in Betracht, soweit die Straftaten nicht von Verbrechen des Reiches, sondern von preussischen Verbrechen abgegrenzt oder abgegrenzt sind. Sie geht jedoch über den Rahmen der Reichsamnestie hinaus, indem sie nicht nur eine Anzahl veränderter politischer Verbrechen einbezieht, sondern auch die Amnestie überhaupt auf öffentliche Ausgehungen im politischen Kampf erstreckt, um so den ganzen Amnestie zugewandten Gedanken einer politischen Befreiung in möglichst weitem Umfang zu verwirklichen.

Zu deutsch: Die Drei-Jahres-Grenze, die Beschränkung auf die Zeit vom 1. Oktober 1923, der Ausschluß der Justizausgelassenen werden auch von der schwarzgelben Preussischen Regierung aufrechterhalten.

„Einigung“ zwischen Briand und Chamberlain

Die französische Sicherheitsnote wird nächster Tage überreicht

Die Londoner Verhandlungen haben mit einer Einigung über die französische Sicherheitsnote in der Gesamtfrage abgeschlossen, deren Überreichung im Laufe der nächsten Woche zu erwarten ist. Nach den vorliegenden, sehr widersprüchlichen Meinungen scheint die „Einigung“ darin zu bestehen, daß alle fälligen Fragen ausgeglichen wurden. Deutschland wird eine Konferenz zur weiteren mündlichen Verhandlung vorgeschlagen, gleichzeitig aber der Bedingungen Einzelteil in den Verhandlungen, also das Durchführungsrecht gegen Sowjet-Rußland, verlangt. Natürlich über diesen Punkt sind sich die Imperialisten halb einig. Dagegen ist über die Frage der deutschen Einigung zu einem Zustand gekommen. Die französische Regierung behauptet, daß sie gemeinsam mit Frankreich und dem Völkerbund garantiert werden sollen. Weiter soll nach französischen Meinungen Frankreich das Recht haben, „Sanktionen“ im Rheinland unter bestimmten Bedingungen zu verhängen. Die englische Regierung erklärt, allein diesen Bestimmungen erst nach Zustimmung ihrer Kolonialregierungen endgültig beitreten zu können.

Ausperrung von 200 000 jährlichen Textilarbeitern beschlossen

(U.) Chemnitz, 13. August.

Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie hat die Ausperrung der Textilarbeiter vom 5. September beschlossen, da eine Einigung nicht zustande gekommen ist. Es werden etwa 200 000 Textilarbeiter betroffen.

Unsere gestrige Meldung, daß die jährlichen Textilindustriellen auf Grund von Tarifstreiks um höhere Löhne mit der Ausperrung der gesamten Textilarbeiter drohten, ist heute bereits dahin zu ergänzen, daß die Ausperrung beschlossen haben. Wohlweislich zum 5. September, da in der jährlichen Textilindustrie Konjunktur herrscht und die Unternehmer erst noch, unter der größtmöglichen Ausbeutung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen eine mächtige Gewinne für sich heraushehlen möchten.

Der Ausperrungsbeschluss der Textilindustriellen reißt sich, nun auch für den letzten Arbeiter klar, in die wohlüberdachte Offensive der Unternehmer ein. Die Bauarbeiter-Ausperrung, vor der der Versuch, den heimischen Metallarbeitern 10 Prozent Lohn zu kürzen, die militärische Sozialarbeiter-Ausperrung zu dem Zweck, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben, ferner auch das Vorgehen der englischen Berg- und Textilmagazinen, die Protestationen der Arbeiterklasse in Frankreich, Belgien und Amerika, sie alle haben den Sinn, den im Weltmarkt schwer erschütterten Kapitalismus zu erhalten, und in Deutschland insbesondere die Löhne des Londoner Beschäftigtenapparat aufzubringen durch die rigorose Unterdrückung und Verelendung der breiten Massen der wertigen Klasse.

Die Arbeiterkraft muß das erkennen, mit aller Energie um die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit kämpfen und den Kampf gegen die Ausbeuterklasse auf der ganzen Linie aufnehmen.

Die deutsche Arbeiterdelegation in der Hauptstadt Georgiens

Moskau, den 7. August 1925.

Die deutsche Delegation ist in Tiflis angekommen, wo sie nach wärmerer Begrüßung gruppenweise Betriebsfabriken, die Eisenbahnerbetriebe, die Gefängnisse, die Wasserkraftsinstitutionen und die deutschen Kolonien besichtigte.

Die Delegation besuchte den Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates Gikula, der ausführlich über die Lage in Tiflis und die gegenwärtig informierte. Der Delegationsführer Dr. erklärte Gikula:

„Wir überzeugen uns, daß die kapitalistische Presse über Georgien lügen verbreitet. Die deutschen Kolonisten klären uns, daß ihre Sympathien auf der Seite der Kolonisten sind, daß die Menschewitz die Interessen der deutschen Kolonisten nicht verteidigen, zur Enttarnung ihrer Lüge nichts unternahmen.“

Hiernach fand ein Gespräch zwischen der deutschen Delegation und gewissen georgischen Menschewitz statt. Das sozialdemokratische Delegationsmitglied Meile erklärte:

„Wir wollen die Wahrheit erfahren. Die deutsche Presse behauptet, daß die Kolonisten die Menschewitz in Georgien öffentlich ausgesetzt hätte, daß in den Sowjetgefängnissen die Lage hoffnungslos sei und die Gefangenen schrecklich gefoltert würden. Wir beschließen heute die Gewerkschaften, sprechen mit den Gefangenen und überzeugen uns von dem Gegenteil. Wie politischen Gefangenen sind gut gehütet und in reinen und hellen Zimmern untergebracht, die man nicht Gefängniszellen nennen darf. In Deutschland sind keine solchen Gefängnisse. Wir sprachen mit den Mitgliedern der parlamentarischen Kommission und schlugen ihnen vor, Amnestiegesetze einzureichen. Die Führer des Georgienaufstandes antworteten uns:

„Wir verüben mit dem Aufstand ein politisches Verbrechen. Wir sind selbstig und verdienen unsere Verurteilung. Nur die Kolonisten sind die Macht der Arbeiter und Bauern.“

Namens der georgischen Menschewitz antwortete Djomanaschwili, daß die Politik der Menschewitz unrichtig war. Nach dem Aufstand nahmen 90 Prozent der Führer der Menschewitz die Sowjetplattform an. Nur die Kolonisten kann den Wiederaufbau Georgiens bemerksichtigen.

Ein sozialdemokratischer Rußlanddelegierter gegen den „Vorwärts“ und Kautsky

Moskau, 12. August.

Die im Verlaufe von Wladimir Iwanowitsch befindliche Gruppe der deutschen Delegation nahm an dem am 12. August abgehaltenen Parteitag teil, wo der Vorsitzende der Gruppe, der Sozialdemokrat Sperhagen, erklärte:

„Wir überzeugen uns, daß die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion bedeutend besser ist, als die Lage der deutschen Arbeiter, obwohl die Wohnverhältnisse in Deutschland besser sind. Unsere Gruppe besteht fast ausschließlich aus Sozialdemokraten, und wir meinen, daß die Arbeiterbewegung nur auf friedlichen Wege möglich ist. Ich überzeuge mich, daß diese Ansicht unrichtig ist und daß nur durch die Eroberung der Macht das Proletariat seine Befreiung erkämpfen kann. Anfangs sprachen wir noch, jetzt erklären wir einmütig, daß wir entschlossen verwerfen, was der „Vorwärts“ über die Sowjetunion schreibt. Dies alles war Eigen und Verleumdung. Wir sind keine Sozialdemokraten mehr, wir sind Marxisten. Ich bin überzeugt, daß Kautsky schreiben konnte, daß es in der Sowjetunion schlimmer sei, als im zaristischen Rußland. Zu Hause werden wir für die Ideen Marx' und seines großen Nachfolgers Lenin, für die Weltrevolution eintreten.“

Die Studien der deutschen Arbeiterdelegation

Moskau, den 10. August 1925.

Einzelne Gruppen der deutschen Delegation lesen ihre Studien in den verschiedenen Sälen der Sowjetunion. Die deutsche Delegation ist in der Gruppe im Ural-Bezirk, eine zweite in Georgien, eine dritte in der Arktik, eine vierte in Cherson, eine fünfte im Donez-Bezirk.

Die Vertreter der Gruppe im Donez-Bezirk, Schloffer und Wenzel, erklären, daß die rechtliche Lage der Bergarbeiter einen außerordentlichen Einbruch auf sie gemacht habe, daß die Bergarbeiter nirgendwo in der Welt solche Verbrechen und solche Verwundung gemessen wie in der Sowjetunion. In den Lebensverhältnissen der Bergarbeiter machen sich im Verhältnis zum Friedensniveau gewaltige Fortschritte bemerkbar.

In Bezug auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter würden die Sanatorien und Arbeiterheime besonders stark auf die deutsche Delegation. So machen die Sanatorien und Wohlfahrtsinstitutionen in der Arktik, wo taubende Arbeiter und Bauern untergebracht sind, großen Eindruck auf die Delegierten. Die Krankenhäuser, die Betriebe, die Gewerkschaften haben eigene Sanatorien, in denen Kranke und übermüdete Arbeiter und Angehörige auf Kosten der Krankenkassen und Gewerkschaften Erholung finden. Die Delegierten erklären, diese Fürsorge in solchem Umfang sei in kapitalistischen Ländern unübersehbar und unübersehbar.

Die Delegation im Ural war besonders von dem verhältnismäßig reichen Wiederaufbauprozess der Wirtschaft, trotz der Verwundungen des Lärgertrages und trotz des veralteten Produktionsapparats in den Betrieben, überzückt.

Die Wolga-Deutschen machen große Vorbereitungen zum Empfang der deutschen Arbeiterdelegation.

Neue Gewerkschaftsdelegationen nach Sowjet-Rußland

(Sig. Drachm.) Moskau, 11. August.

Ende August wird hier die Ankunft der Delegation der Internationalen Bergarbeitervereinigung erwartet. Die Delegation wird aus sieben bis acht Mann bestehen, darunter Führer Deutschlands, Polens, Belgiens und anderer Länder. An der Spitze der Delegation steht der Sekretär der Internationalen Bergarbeitervereinigung, Bogdan. Man erwartet, daß auch der Führer der englischen Bergarbeiter, Coal, an der Delegation teilnehmen wird. Die Delegation wird die Lage der Bergarbeiter der Sowjetunion, die Gewerkschaftsbewegung u. a. m. studieren.

(Sig. Drachm.) Moskau, 11. August.

Der Allrussische Gewerkschaftsverband hat von dem Verband der finnischen Gewerkschaften ein Schreiben erhalten, in dem es heißt, daß der Verband gewillt ist, eine Delegation nach der Sowjetunion zu schicken, um die Wirtschaftsverhältnisse, die Lage der Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsbewegung u. a. m. in der Sowjetunion zu studieren. Daraus hat der Generalrat der Gewerkschaften der Sowjetunion geantwortet, daß er mit Befriedigung den Wunsch der finnischen Gewerkschaften zu vernehmen hat, und wird mit großer Freude die Führer der finnischen Proletariat empfangen, mit dem das Proletariat der Sowjetunion durch frühere Kämpfe gegen den gemeinsamen Feind verbunden ist.

Zeih-Arbeiter wollen einen Delegierten nach Rußland entsenden

Jena, 12. August.

Eine hier zum Zweck der Erreichung geeigneter Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne katalogischen Delegationsvereinbarung mit dem englischen Zeiharbeiterschaft hat beschlossen, einen Betriebsausschuss nach Rußland zu entsenden.

Erklärung zu den „Vorwärts“- und „Volksblatt“-Euthillungen

Redakteur Wüst von „Mitteldeutsche Echo“ sendet uns folgende Erklärung, die wir ohne Kommentar abdrucken:

1. Ich bin nicht von Herrn Kürbs, sondern von der Produktiv-Gesellschaft angeklagt worden. Fintelmeier und ich arbeiten an der Zeitung zusammen. Ich bearbeite den politischen Teil, Fintelmeier den lokalen. Herr Kürbs wußte das.

2. Ich wußte meine politische Überzeugung nicht wie ein Hund und habe deshalb das „Mitteldeutsche Echo“ im Sinne der wertigen Bevölkerung weitergeführt — mit dem einzigen Unterschied, daß ich nicht einmal fünf und einmal gegen eine Sache schrieb, sondern eine politische gerade Linie hatte.

3. Herr Kürbs hielt es nicht für nötig, in der Zeit vom Mittwoch, den 29. Juli, bis Donnerstag, den 7. August, in der Redaktion vorzutreten. In dieser Zeit äußerte er mir gegenüber, fortsetzt oder eine Abmahnung gegen die Schreibweise, noch gegen die lebendigere Ausdrucksweise des Blattes. Positiven Einwand erhob er in dieser Zeit nicht.

4. Am Donnerstag, dem 7. August, erschien Herr Kürbs — Fintelmeier war auf Urlaub — wie eine Jurie in der Redaktion des „Mitteldeutschen Echo“ und las mir die unflätigen Art und Weise an, ich sollte die Redaktion verlassen.

Als ich mir in ruhigem Tone eine solche ungerechtfertigte Schreierei verbat und ihn um die Gründe seines Vorgehens ersuchte, erklärte Herr Kürbs folgendes:

a) der Artikel: „Schamlos perverne Schweinereien“, die er mit meinem Namen nicht länger decken konnte;

b) der Artikel: „Hilfsleistung und Minna Cauer“ in Nr. 176 enthalte ähnliche Unflätigkeiten.

Ich erklärte hierzu:

Meines Wissens ist Bruno Vogel Sozialdemokrat. Ich habe den Artikel „Der Oberst“ der bekannten unabhängigen Zeitschrift „Die Weltanschauung“, an der namhafte Schriftsteller, wie Otto Corbach, Hilfer, Göttinger, Peter Pantzer, Dr. Kersch, Malco, Böhm und andere mitarbeiten, mitgeschrieben.

Ich konnte nicht wissen, daß Herr Kürbs, der über keine Stellungnahme vor Gericht Einteile Jule kennt, der in jenseitig hinsichtlich viel deutlichere natürliche Schilddrüse enthält. Bruno Vogel gilt als einer der besten und einflussvollsten Schilderer der Kriegsgeheimnisse. Er ist in Mittelhandes- und Arbeiterkreisen gut bekannt.

Herr Kürbs Name als Verfasser für diesen hervorragenden Schriftsteller ist keine große Angelegenheit, wurde bereits von mehreren politischen Veröffentlichungen verbreitet.

Das Vogels Buch: „Es lebe der Krieg“ verboten war, entzog sich meiner Kenntnis. Herr Kürbs berief sich am Donnerstag auch nur auf den Inhalt in legittimer Verbindung.

Drei-teliger Stunden später nach Kürbs Fortgang, erschien die Kriminalpolizei und suchte das Buch. Am gleichen Tage erschien die Zeitschrift „Hilfsleistung und Minna Cauer“ in eine wortgetreue Fassung des im „Vorwärts“ abgedruckten Tagesbuches Minna Cauer wiedergegeben worden. Diese Stelle lautet:

Ich war gestern bei Annemarie von Klafusius. Es ist eine andere Welt, wenn ich dort bin, eine völlig andere Welt. Ich bin begeistert oder weinend, oder ich ste in der Tat ein notwendiges Glied dieser Welt? Annemarie hat mir ihr neuestes Buch gegeben „Eros“.

Dieses Buch rühmt über Minna Cauer, nach ihr, vom „Vorwärts“ her, zu sprechen. Es enthält die Geschichte der Annemarie, die ich zu sprechen. Man könnte denken, die daran Anstoß nehmen, für fleischbürtige Moralprediger erklären, die noch unter der Aufsicht von Demokraten stehen.

Wenn man sich mit Heutigenzeit, wie dem in Nr. 171 vom 25. Juli, des „Mitteldeutschen Echo“, unter Fintelmeiers Redaktion leidenschaftlich erklärt, meint es mehr als lobenswert, an, wenn man eine Schilderung der Kriegsgeheimnisse als abstoßend empfindet. Oder wird hier wieder das Hund gewechelt?

6. Herr Kürbs erklärt ferner, das Blatt sei ein Unflächtig des „Kriegens“. Er wiederholte die Vorwürfe, ich sollte die Redaktion verlassen.

Dazu erklärte ich: Über die letzten 12 Nummern des „Echo“ mit denen des „Vorwärts“ vergleicht, der wird die Grundlosigkeit dieser Behauptung sofort einsehen. Die grundlose Verleumdung der Redaktion der „Vorwärts“ ist so launenhaft, daß nur persönliche Absichten zu solchen Schlägen Veranlassung sein können. Herr Kürbs ist in meiner Redaktionstätigkeit nicht einen Tag auf der Redaktion erschienen, um jedoch über einen Artikel zu sprechen, der ihm nicht gefällt.

Da die Schamlosigkeit des „Echo“ nachweisbar früher in manchen fremden Blättern war im Gegensatz zu den letzten Nummern, so wird jeder denkende Mensch einsehen, daß der Kritiker eine Figur von kühnster politischer Wut ist, die nicht, wie im Bericht steht, dem weltlichen Wille dient, sondern seine Meinungen wie ein Hund wechelt.

Was ein Arbeitsverbot anbetrifft, so hat meine Ansicht nach — ein einseitiger Gerichtsbescheid ist nicht erfolgt — nur die Produktiv-Gesellschaft, die mich seit anheft, auch ein Recht, mich zu entlassen.

Ich erklärte also Herrn Kürbs, über diese Angelegenheit habe man an anderer Stelle, also in der Verhandlung, zu entscheiden.

7. Herr Kürbs hielt mich nach dieser Verhandlung fort. Am Sonntag erhielt ich vom Gericht eine Anklage des Herrn Kürbs zugunsten, die das „Mitteldeutsche Echo“ beziffert.

Der Staatsanwaltschaft in der schamlosen Art und Weise als ein kommunistisches Blatt zu denunzieren versucht und sich dabei wiederum auf „schamlose Pervertierungen (Vogel usw.)“ beruft.

Gleichzeitig erhielt ich zum erstenmal einen genauen Bericht des Herrn Kürbs mit der Produktiv-Gesellschaft als Abschrift. In diesem Bericht steht folgende bemerkenswerte Stelle:

„Herr Karl Kürbs, der Herausgeber des unabhängigen Organ, das „Mitteldeutsche Echo“, übertreibt das Verlagsrecht für seine Zeitung an die Produktiv-Gesellschaft. Für die Übertragung des Verlagsrechts hat Herr Kürbs die Hälfte eines etwaigen Ueberertrags ausgezahlt.“

Herr Kürbs schädigt durch diese Denunziation des Blattes an die Staatsanwaltschaft, die unter Umständen ein Verbot herauszugeben kann, die Produktiv-Gesellschaft, also die finanziell am stärksten Arbeiter in ungesetzlicher Weise!

Herr Kürbs hat ernsthaft sachlich mit mir über politische Artikel niemals Rücksprache genommen. Er versucht den Streit, mit dem er gegen die Interessen der Produktiv-Gesellschaft, also gegen deren Vertrag auf Trenn und Glauben vertritt, weil die Produktiv-Gesellschaft alle Kosten aus Arbeiterbezügen zu tragen hat, vor der weltlichen Öffentlichkeit auszutragen.

In der fraglichen Gerichtsverhandlung, die vom Richter verweigert wurde, erklärte Herr Kürbs, wie schon angeführt, unter Bezug auf Jule, die beiden fraglichen Artikel für „schamlos“.

Nach der Verhandlung äußerte sich Herr Kürbs auf dem Gang. Er wolle die Sache vor Gericht bis zu Ende austragen und bedachte mich, als ich ihm ruhig sagte, das Wechseln seiner Überzeugungen würde ihn politisch, mit mehreren Selbstigungen.

Ich habe ihm geantwortet, auch Kausch habe große Traditionen und ist älter als er. Heute habe er als Lump an der Arbeiterklasse gehandelt (das Buch, in dem er gegen Soviet-Rußland zum offenen Angriff geht, dies als Beweis).

Darauf nannte mich Kürbs einen Lumpen und ich verabschiedete ihn in berechtigter Erregung eine Pfaffenfelle.

Zur Begründung dieser Handlung habe ich nichts weiter hinzuzufügen, als daß ich meine Erregung — die aus den andauernden Verleumdungen und dem unflätigen Vorgehen des Herrn Kürbs zu verstehen ist — beweise, insbesondere deshalb, weil nicht so sehr Herr Kürbs, als die Leute, die ihn vorbringen, die wirklich Schuldigen sind.

Der Amnestiebetrug Gesetz!

Alle kommunistischen Abänderungsanträge abzulehnen!

Rede des Genossen Städter zur Amnestievorlage

Im Gegensatz zu der Antieressenlosigkeit des Reichstages kommt heute die gesamte deutsche Arbeiterklasse mit dem größten Interesse auf den Reichstag, in Erwartung der Entscheidung über die Amnestie. Tausende von politischen Gefangenen in den Gefängnissen und Zuchthäusern Deutschlands, Tausende auch von Frauen und Kindern, die seit Jahren auf ihren Erklärer warten, schauen heute auf den Reichstag. Die deutsche Arbeiterklasse hat nachdrücklich nicht nur den Amnestievorlage des Innenministeriums erachtet. Dennoch hat die Gesetzgebungsorgane, die schließlich nach langem Handeln und Beraten zustandekam, in der Arbeiterklasse eine große Enttäuschung hervorgerufen. (Sehr richtig! bei den Komm.) Die Amnestievorlegungen Streikern aus dem Londoner Abkommen liegen ein volles Jahr zurück und erst heute kann der Reichstag zu einer Amnestievorlage der Regierung Stellung nehmen. Nachdem Sie die Steuern und Zölle unter Druck und Zwang gebracht haben, glauben Sie jetzt eine Geste der „Bereitwilligkeit“ auszuführen. Ihre Amnestievorlage ist aber eine völlig einseitig tendenziöse Teilamnestie, die Sie außerdem in den letzten Wochen noch benutzt haben, um die Opposition gegen Ihre Steuer- und Zollpolitik im Reichstage zu hemmen und zu dämpfen. Ich glaube, die kommunistische Reichstagsfraktion hat geglaubt, daß sie nicht daran dachte, die Frage der Amnestie zu einem Schacherzettel machen zu lassen und erst recht nicht haben dies die politischen Gefangenen in zahlreichen Briefen an uns abgelehnt.

Durch Ihre Amnestievorlage wird nach rechts hin eine völlige Amnestie geschaffen, nach links hin aber amnestieren Sie nur einige sogenannte „Mittler“ oder wie Sie sagen, „verführte Opfer“. Der Tendenzcharakter der Amnestie geht klar hervor aus dem Termin des 1. Oktober 1923 für die Niederlegung der politischen Strafbefehle. Wir haben die Beilegung dieses Termines verlangt, wenn man aber schon einen Termin festsetzt, was läge dann näher als das Ende der Inflationsepoche, etwa den 1. April 1924 zu nehmen. Die Regierung aber erklärt, der 1. Oktober 1923 müßte bestehen bleiben, um unter allen Umständen den Zentralprozeß gegen die Kommunistische Partei führen zu können. Also offen zu



„Die Hindenburg-Amnestie“

gegeben, eine Tendenzmaßnahme gegen links. (Sehr richtig! bei den Komm.) Die Rückführung nach rechts sind die Amnestierten, aber in Freiheit gesetzt, auch die der Kämpfe nach dem 1. Oktober 1923. Ich erinnere an Hilfer, Landwehr, o. Graefe usw. Die Führer aber der Kämpfe der Arbeiterklasse in jenen Tagen, obwohl schon hunderte in den Gefängnissen und Zuchthäusern lagen, sollen bewußt von der Amnestie ausgeschlossen werden. (Hört! hört! auf der Linken.) Aber wenn schon,

sollen Sie Ihren Zentral-Prozeß haben, aber amnestieren Sie wenigstens die Hunderte von Proletariern, die im April 1924 nach rechts verlegt worden.

Wir haben deshalb ausdrücklich beantragt, den Zentral-Prozeß auszunehmen, aber alle übrigen Delikte bis 1. April 1924 zu amnestieren.

Nur der General v. Wittmann, für den Kapitän Gophardt, für den Major Pabst, für den Oberst Bauer, für die Hauptführer des Kampfes wurden mit dem heutigen Tage eine Generalamnestie geschaffen. Hunderte von Proletariern aber, die aus den damaligen Kämpfen noch in den Gefängnissen und Zuchthäusern liegen, bleiben weiter in Haft. (Hört, hört! bei den Komm.)

Sie beschließen diese Amnestie als 2 Jahre Gefängnis oder Festung.

obwohl Tausende von Urteilen vorliegen, die weit höhere Strafen enthalten. Noch schlimmer ist die von Ihnen gewollte

Ausschließung aller Zuchthausstrafen

von der Amnestie. Gerade diese Bestimmung zeigt drastisch den Tendenzcharakter. Die Abschaffung der Zuchthausstrafen begründen Sie damit, man könne doch nur politische Delikte, die aus idealen Motiven begangen seien, amnestieren. Selbstverständlich haben die Hochverräter von rechts nur aus „ehrenhaften“ Motiven gehandelt, was ihnen ja auch ausdrücklich von den Gerichten bestätigt wurde. Sogar einer der Subventionen, der an der Ermordung des Ministerpräsidenten beteiligt war, bekam ausdrücklich die „ehrenhafte“ Genehmigung erteilt. Tausende von Proletariern aber, die ehrlich und opferbereit für ihre Überzeugung eingetreten sind, wurden infolge der deutschen Klassenpolitik in die Zuchthäuser der deutschen Republik gemietet, obwohl sie mitdunkeln von so ehrenhaften Charakter sind wie die Herren Gophardt und Wittmann. Es dürfte wohl Gutes nach Ihnen fragen, wenn ich heute noch Einzelamnestien zum traurigen Kapitel der deutschen Klassenjustiz beitragen

gäbe dann für die kommunistische Fraktion eine Erklärung, die wir auf der zweiten Seite abdrucken.

Darauf wird die Amnestievorlage einstimmig angenommen. Zahlreiche Genossenabgeordnete stimmten nicht mit. Diese

schickten Briefen gegen damit, daß sie selbst noch gegen diese geringe Amnestie sind. Ueberhaupt war es das Zentrum, das der Amnestie den Hauptbeifall entgegensetzte.

Präsident Löbe schloß gegen 5 1/2 Uhr die Sitzung. Der Wiederauftritt des Reichstages wird wahrscheinlich Mitte November stattfinden.

„Vorwärts“ und „Volksblatt“ beschäftigen sich in großer Aufmachung mit dem Bericht. Ich habe keinen Anlaß, zumal auf die Journale des „Volksblatt“, dessen revolutionäre Tendenz, die Amnestievorlage gegen die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu verurteilen, näher einzugehen.

Die Spalten, die dem Zoll und Steuerkampf, dem Amnestiekampf und dem Streit gegen den Sicherheitsrat verschlossen bleiben, werden aus geschäftlichen Gründen mit sogenannten Propagendierungen über den „Untergang des Kommunismus“ mit politischen Denunziationen und Lügen angefüllt, die einen Hund jammern.

Eines möchte ich jedoch noch bemerken:

1. Ich habe niemals vor Gericht geführt, ich bin nicht kommunistisch. Ich bin kein Kommunist, es zu sein, möchte meine Überzeugung nicht wie ein Hund und ich merke heute unter aller Verleumdung von Sozialdemokraten in Mailrecht 1923 im Zuchthaus.

2. Den Abgeordneten Kurt Rosenbaum lenne ich seit 1922, als ich Verleumdung in Dortmund auf dem Wege Hugo Niebuhr zu Schillerstrasse und Adolphe war.

möchte. Selbst von Ihrem Standpunkte aus ist die mechanische Ausschließung der Zuchthausstrafen unverständlich, wenn die Spruchpraxis der Gerichte nur nicht nur in den verschiedenen Gegenden Deutschlands, sondern auch bei denselben Gerichten in verschiedenen Zeiten außerordentlich verschieden. In Norddeutschland wurde wegen zahlreicher Delikte auf Festungstrafen erkannt, in Mitteldeutschland dagegen, insbesondere beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik aus demselben Anlaß auf Gefängnis und Zuchthausstrafen. Der Staatsgerichtshof selbst hat wegen Delikte, für die er Anfang vergangener Jahre nur 1 oder 1 1/2 Jahr Festung verhängte, ein halbes Jahr später nur 3 bis 4 Jahre Gefängnis oder Zuchthaus erkannt. Daß dieser Staatsgerichtshof sich zu den traurigen und brutalen Massengericht in Deutschland herausgebildet hat, haben wir oft bemerkt.

Sie aber schicken mechanisch alle Zuchthausstrafen aus, obwohl von den deutschen Gerichten seit dem 1. Oktober 1923 gegen revolutionäre Arbeiter nicht weniger als 891 Jahre und 4 Monate Zuchthausstrafen verhängt wurden.

(Hört, hört! auf der Linken.) Also fast 1000 Jahre Zuchthausstrafen wegen Verbrechen, die aus rein politischen Motiven begangen wurden sind. (Zurufe: Ungeheuerliche Justiz!) All diese Opfer der deutschen Klassenjustiz aber sollen weiter hinter Zuchthausmauern schmachten.

Gestern haben folgend am Potsdamer Platz eines jener traurigen Subjekte an mir vorbei, die sich während des Kampfes an die Gittere verhaftet haben. Diese Elemente gehen heute Strafzucht in Deutschland. Sie laufen frei herum; die Proletarier aber die sich aufopfert für ihre Überzeugung, für den Befreiungskampf ihrer Klasse, sie sollen weiter die Zuchthäuser Deutschlands füllen.

Wir gebeten in dieser Stunde jener 26 Männerpolitiker, die seit 1919 in hundertsten Zuchthäusern schmachten, wir gebeten in dieser Stunde Max Höp, ein Mann, der trotz aller Schmähungen von Ihnen an Charakter und Gesinnung trotzdem über dem Separatengefängnis steht, das heute in Deutschland frei herumlaufen kann.

(Bravo-Rufe b. d. Komm.) Wir gebeten aller Proletarier, die weiter in den Zuchthäusern bleiben sollen.

Sie schicken alle Zuchthausstrafen aus, obwohl selbst der Vorname des Reichsanwaltes der völksparteiliche Abg. Professor Kahl sich dafür eingesetzt hat.

wenigstens ein Jahr Zuchthausstrafe unter die Amnestie zu bringen.

Diese Teilamnestie, die Sie jetzt schaffen,

wird den Kampf der arbeitenden Massen um eine Generalamnestie in Deutschland nur heizen und verschärfen.

(Sehr wahr! bei den Komm.) Eine Generalamnestie hätte längst im Reich greifen müssen, wenn sie von der gesamten deutschen Arbeiterklasse einheitlich mit Nachdruck gefordert worden wäre. Ich wenn Sozialdemokraten und die Generalkomitees eines weltlichen Kampfs für die Amnestie geführt hätten, (Sehr wahr! bei den Komm.) Gewiß haben die Sozialdemokraten im Ausschuss für diese Anträge gestimmt. Wo aber ist der Kampf ihrer Partei für eine Generalamnestie?

Wo ist jene Mobilisierung der Arbeitermassen für eine Vollamnestie in Deutschland? Der ADGB, der doch unter sozialdemokratischem Einfluß steht, hat trotz des bindenden Auftrags des letzten Generalkongresses nicht einen Finger gerührt, um die Amnestie durchzusetzen.

Wirtschaften in der Zoll- und Steuerfrage, jama, aber nicht einen Schritt für die Durchsetzung der Amnestie. Diese Politik der Sozialdemokratie und des ADGB hat die Reaktion gefördert, die die Herren heute noch führen können, nur diese Teilamnestie durchzuführen. (Sehr richtig! bei den Komm.) Der Kampf in den Arbeitermassen Deutschlands aber um die Vollamnestie geht weiter.

Über eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Forderung nach einer Vollamnestie unterzeichnet.

In Tausenden von Betrieben in Hunderten von Gemeindeparlamenten ist in den letzten Wochen der Ruf nach Amnestie erhoben worden. Amnestievorlage sind gewiß wie alle Rechts- und Justizfragen der Macht, aber glauben Sie nicht, daß Sie sich auf die Dauer dem einmütigen Willen der gesamten deutschen Arbeiterklasse widersetzen können. Die deutschen Arbeiter werden den Ruf nach Vollamnestie gefolgert erheben, dann werden wir auch die Strafen erleben, um allen Opfern der deutschen Klassenjustiz offen und ihnen die persönliche Freiheit wiedergegeben wird. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Nachdem dann sowohl der Redner der Demokraten wie der Völkischen erklärt hatten, daß sie diese Teilamnestie für ungenügend halten, wurde in die Abstimmung eingetreten.

Alle kommunistischen Abänderungsanträge wurden von der Reichstagsfraktion abgelehnt. Die Sozialdemokraten und Demokraten stimmten für einen Teil der Abänderungsanträge mit.

In der dann folgenden dritten Lesung des Amnestiegesetzwurfs gab als erster Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der noch einmal die sozialdemokratischen Bedenken gegen die Vorlage zusammengefaßt und am Schluß gesagt wird, daß die Fraktion trotz dieser Bedenken dem Amnestiegesetz zustimmen würde.

Genosse Stadter

gab dann für die kommunistische Fraktion eine Erklärung, die wir auf der zweiten Seite abdrucken.

Darauf wird die Amnestievorlage einstimmig angenommen. Zahlreiche Genossenabgeordnete stimmten nicht mit. Diese

schickten Briefen gegen damit, daß sie selbst noch gegen diese geringe Amnestie sind. Ueberhaupt war es das Zentrum, das der Amnestie den Hauptbeifall entgegensetzte.

Präsident Löbe schloß gegen 5 1/2 Uhr die Sitzung. Der Wiederauftritt des Reichstages wird wahrscheinlich Mitte November stattfinden.

„Vorwärts“ und „Volksblatt“ beschäftigen sich in großer Aufmachung mit dem Bericht. Ich habe keinen Anlaß, zumal auf die Journale des „Volksblatt“, dessen revolutionäre Tendenz, die Amnestievorlage gegen die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu verurteilen, näher einzugehen.

Die Spalten, die dem Zoll und Steuerkampf, dem Amnestiekampf und dem Streit gegen den Sicherheitsrat verschlossen bleiben, werden aus geschäftlichen Gründen mit sogenannten Propagendierungen über den „Untergang des Kommunismus“ mit politischen Denunziationen und Lügen angefüllt, die einen Hund jammern.

Eines möchte ich jedoch noch bemerken:

1. Ich habe niemals vor Gericht geführt, ich bin nicht kommunistisch. Ich bin kein Kommunist, es zu sein, möchte meine Überzeugung nicht wie ein Hund und ich merke heute unter aller Verleumdung von Sozialdemokraten in Mailrecht 1923 im Zuchthaus.

2. Den Abgeordneten Kurt Rosenbaum lenne ich seit 1922, als ich Verleumdung in Dortmund auf dem Wege Hugo Niebuhr zu Schillerstrasse und Adolphe war.

Gewerkschaftsbewegung

Zehnter ordentlicher Verbandstag des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes

(Fortsetzung.)

Sekret vom Eisenbahnerverband tritt ein für den Industrieverband und betont, daß für ihn der Industrieverband gleichbedeutend sei mit der Betriebsorganisation.

Schwamm als Vertreter des Verbandes spricht ebenfalls für die Schaffung des Industrieverbandes.

Reiter vom Hauptverband befaßt sich besonders mit der Frage der Bezahlung und fordert, daß endlich der sozialdemokratische Parteitag beschließen möge, daß jedes Mitglied der Sozialdemokratie im Besonderen Mitglied einer freien Gewerkschaft sein müsse. Die Kommunisten haben einen solchen Beschluß nicht nur schon längst gefaßt, sondern auch durchgeführt. Wer Mitglied der kommunistischen Partei ist, muß auch Mitglied einer freien Gewerkschaft sein.

Schulz vom Hauptverband verteidigt einen Minimallohntarif und polemisiert gegen die Kommunisten, die den Kollegen nicht zutrauen, daß sie sich höhere Löhne über den Reichs-Minimallohntarif erobert.

(Die Kommunisten sind gegen den Reichs-Minimallohntarif nicht, weil sie den Kollegen es nicht zutrauen, höhere Löhne zu erobert, sondern weil der Reichs-Minimallohntarif noch mehr als bisher die Möglichkeit zur Verhinderung von Lohnkämpfen durch den Hauptverband bietet.)

Der Redner wendet sich dann weiter gegen seine eigenen Parteigenossen, weil sie ebenfalls gegen den Reichs-Minimallohntarif und die Stellung der arbeitenden Klassen, zur Entmündigung der Arbeiterklasse gekommen sind. Mit Wohlgefallen hat er die Berliner Delegation, warum sie denn ebenfalls ihre Rechte verloren habe. Von der Berliner Delegation wird ihm darauf zugeantwortet, 1922. Gemeint ist damit der Kampf der Gemeindearbeiter, in welchem der ADGB und der sozialdemokratische Parteitag die Rechte der Streikenden in den Händen gefaßt hat. Von dem Leiter des I. I. der eines preußischen Geldebesitzes, der jedem eine Aktion zerteilt.

Nach **Reiter-Witzburg** wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen und die Schlußworte. Der Redakteur erklärt, daß er hofft, daß endlich der sozialdemokratische Parteitag beschließen möge, daß alle Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, die Beamte sind, Mitglied der freien Gewerkschaften und nicht des gelben Verbandes, der KADAP, werden müssen.

Minutenwieser will im Schlußwort nicht wahrhaben, daß er im Bericht gelogt hat, daß Sozialdemokraten selbst für die Verstaatlichung eingetreten sind. Zur Ausland-Frage bemerkt er, daß sie auf eigene Kosten nach Ausland fahren wollen und zur Bedingung stellen, einen Lebersteuereinzugschein zu besitzen. Weil die russischen Genossen die selbstständliche Forderung stellen, daß der Lebersteuereinzugschein konterrevolutionär sein darf, lehnen sie die Reise ab. Er möchte durch die Bemerkung, daß er ja nicht weiß, ob er auch ein konterrevolutionärer ist und unter diesen Bedingungen überhaupt keine Gewerbe vorhanden wäre, aus Ausland unbedingt wieder zurückkommen. Diese Bemerkung macht Minister aufpassen, trotzdem eine Delegation englischer Genossen eine mehrwöchige Ausland-Fahrt hinter sich hat und augenscheinlich selbst noch Parteigenossen von ihm sich in Ausland zur Information aufpassen.

Bei der Abstimmung werden die Vorschläge der Statutenberichtigungskommission angenommen. Der Antrag des Genossen **Zeigge** zu dem 3. Punkt der Tagesordnung, der sich gegen die Verstaatlichung als bisher den Kampf gegen den Zollwucher zu führen, um wenn die gewöhnlichen Kampfmittel nicht genügen, um den geplanten Angriff abzumehren, so muß man außergewöhnlichen Mittel, dem Massenstreik, greifen werden, wird abgelehnt. Der Antrag fordert weiter, daß nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Kommunistische Partei zu den Beratungen hinzugeht. „Nur durch die geschlossene einheitliche Kampfrichtung aller Arbeiter kann der Angriff der Kapitalisten auf die Lebenshaltung der Arbeiter abgewehrt werden.“

Ueber die **Vorlauseinigkeit** entspinnt sich eine längere Diskussion, besonders deswegen, weil der vorgeschlagene Entwurf den Herauswurf von zwei Kommunisten aus dem unbescholtenen Vorstand vorseht. Der Genosse **Kamin** verlangt Klarheit darüber, warum die Genossen herausgeworfen werden. Wenn es wegen der politischen Einstellung der Genossen geht, soll man das offen sagen.

Der beschlossene Vorstand wird gegen wenige Stimmen, der unbescholtenen Vorstand gegen eine größere Minorität, ca. 15 bis 20 Stimmen, gewählt.

Bei Punkt 5 der Tagesordnung entfällt sich eine längere Debatte über die Stellung der **Gehälter**. Bemerkenswert ist in dieser Debatte die Rede des Hamburger Delegierten, der aus Gesichtspunkten sein Wort lagte, aber zu der Kritik einer größeren Anzahl Delegierter, welche die jetzigen Gehälter für zu hoch halten, bemerkt: „Ne, was Du willst, die Leute reden doch.“ (Nörd. folgt.)

Zu Punkt 6 der Tagesordnung, **Die Bildungsanstalten unserer Organisation** spricht am 4. Verhandlungstage der Redakteur **Timm**. Die Durchführbarkeit der wichtigsten inneren Aufgabe der Organisation, von deren Lösung die weitere Entwicklung des Verbandes abhängt. Zur Durchbildung der Mitglieder schlägt er verschiedene Kurse vor und beantragt die Anstellung eines Bildungsleiters.

In der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich **Weinauer**, **Ortmund** und **Koch** Freiburg, der besonders die Verbindung der Bildungsarbeit mit den täglichen Fragen des Lebens der Arbeiterklasse betont, weil für reine Bildungsfragen die erwachsene Arbeiterklasse wenig zu gewinnen ist.

Genosse Michelsen bemerkt, daß die Kernfrage der Bildungsarbeit der Gewerkschaften die marxistische Schulung und Erziehung der Mitglieder, die Schulung der Arbeiterklasse im Sinne des Klassenkampfes sein muß. Weiter geht er auf die Mittelfrage ein, die ebenfalls in der Bildungsfrage eine Rolle spielt und hebt die wirtschaftlichen und kulturellen Schäden des Alkoholismus für die Arbeiterklasse hervor.

Ein weiterer **Diskussionsrechner** aus Köln weist auf die Wichtigkeit der Betriebsrätefrage hin und verlangt besonderes Material der Betriebsräte.

Kollegin Sachse-Hamburg tritt für größere Unterstützung der Frauen in der Arbeit ein.

Im Schlußwort bringt **Timm** nichts wesentlich Neues. Nach der Mittagspause wird am Antrag des Genossen **Reumann-Hamburg** anlässlich der Beschäftigung der Arbeiter in den Betrieben eine Entscheidung angenommen, die den Verbandstag verpflichtet, im Sinne des Vorkampfs weiter für die Befreiung des Proletariats zu wirken.

Dann referierte **Dr. Reumann-Brandfurt** am Main über das **Larifisch** in öffentlichen Betrieben

Die Klassenolidarität im Bauarbeiterkampf

Die Verhandlungen im Bauarbeiterkampf

Die „Rote Fahne“, Berlin, schreibt über die Verhandlungen und über die Lage in Berlin:

Gestern haben die Verhandlungen für die Bezirke Sachsen, Mitteldeutschland und Mecklenburg stattgefunden. Den Vorsitz führte Kammergerichtsrat **Sachs**. Die Unternehmerräte erklärten, daß sie grundsätzlich jede Lohnsteigerung ablehnen und behaupten, daß sich die Gewerkschaften in Sachsen Reichshaltung der alten Lohnsätze einzuhalten. Offenbar müssen jetzt die Unternehmerräte in demagogischer Weise das fernerhalten des BGB gegenüber der „Bauphite“ aus. Der Zustand, daß die Unternehmerräte, trotzdem die Bauarbeiter 1,50 Mk. und in Sachsen, die im Schiedspruch angebotenen Lohn von 1,30 Mk., und in Sachsen, das kein Schiedspruch vorlag, zu dem alten Lohn weiterarbeiten, wirkt sich nun bei den Verhandlungen zu ungunsten der Gewerkschaften aus. Wir hatten das vorausgesehen und rechtzeitig die Bauarbeiter gewarnt. Erfolgreicher hätte ja auch die Berliner Bauarbeiter durch ihren Druck auf die Kuratorkommission des BGB, durchgesetzt, daß die „Bauphite“ wenigstens die Minimalforderungen von 1,40 Mk. anerkannt.

Außerdem erklärten die Unternehmerräte, daß die Bauarbeiter mit Ausnahme weniger Bezirke im Durchschnitt 40 Prozent über den Friedenslohn erhalten und auch der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bestritt habe, daß dieser Lohn „als angemessen betrachtet werden könnte“. Diese Behauptung ist, da ja sogar der unzulängliche amtliche Lebenshaltungszindex für Juli 1925, der jetzt die Zoll- und Steuerfrage weiter steigen werden, vollständig anhaltbar. Im übrigen trifft es auch nicht zu, daß die Bauarbeiter 40 Prozent mehr als 1914 verdienen. Die Berliner Arbeiter haben 3 B. (unter Berücksichtigung des Ausgleichs für den Aufständertag) nur 19 Prozent mehr als 1914. Wenn die amtliche Indezzahl zugrundegelegt wird, ist für Berlin eine Lohnsteigerung von 35 Pfennig voll und ganz berechtigt. Aber nicht nur diese berechnete Forderung wollen die Unternehmerräte nicht erfüllen, sondern darüber hinaus noch die Arbeitszeit verlängern und sonstige Verschlechterungen in den Tarif mit hineinmischen.

Wie wir kurz vor Rebattonschluß erfahren, konnten am Donnerstag die Verhandlungen bis 11 1/2 Uhr nachts noch nicht zu Ende geführt werden. Die Verhandlungen werden daher am Freitag früh fortgesetzt.

Der Wagdeburger Magistrat stellt Larifisch der Bauunternehmer fest

(Ein. Meib.) **Wagdeburg**. Nach monatelangen Beratungen ist der Wagdeburger Magistrat zu der Überzeugung gekommen, daß die Bauunternehmer einen Vertragsschluß beantragen haben, indem sie die Bauarbeiter ausgespart und die Bauten stillgelegt haben, und daß der Magistrat dadurch seine Handlungsfreiheit weitergewonnen habe. Der Magistrat hat demzufolge beschlossen, die wichtigsten Arbeiten in eigene Regie zu übernehmen. Der Vertreter der Unternehmerräte, der Syndikus des Bauwesens, mußte zugestehen, daß tatsächlich ein Vertrag notwendig sei, der jedoch, den Magistrat zu veranlassen, daß er die Arbeiten als Notstandsarbeiten ausführen lasse.

In allen Gemeinden muß nachgehrt werden, wo ebenso vorgegangen werden kann, wie in Wagdeburg. In den Gemeindeparslamenten sind sofort dementsprechende Anträge zu stellen, damit die Bauten von den Gemeinden in eigener Regie, natürlich zu den angeforderten Lohn, weitergeführt werden.

Der Ortsauschuß des ADGB, Wittenberg unterstützt die kämpfenden Bauarbeiter

Am Freitag, dem 7. August, fand eine vom Ortsauschuß Wittenberg einberufene Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre in der Wohnung des Ortsauschusses statt. Der Vorsitzende des Ortsauschusses gab einen ausführlichen Bericht über die Ausparierung im Bauwesen. Alle in der Diskussion sich ausprechenden Redner betonten den Standpunkt, daß der Kampf der Bauarbeiter der Kampf der gesamten Arbeiterklasse sei, und daß es notwendig erscheine, alle Gewerkschaften aufzurufen, die Bauarbeiter in diesem ihnen ausgedehnten Kampf zu helfen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Betriebsräte-Bundesversammlung und der Ortsauschuß Wittenberg stellt sich in seiner Sitzung am 7. August auf den Standpunkt, daß der Kampf der Bauarbeiter der Kampf der gesamten Arbeiterklasse ist. Durch moralische und finanzielle Unterstützung derselben muss den Bauarbeitern zum Sieg verholfen werden.

Die Anwesenden sind sich darüber klar, daß die Bauunternehmer auf vorgehobenen Höhen stehen, um für die Großindustriellen die Arbeiter aus dem Fenster zu stoßen, darum, Kollegen, alle Solidarität!

Hierauf stellten verschiedene Gewerkschaften Mittel aus den Lokalfällen zur Verfügung.

In alle Arbeiter in den Betrieben ergoht nun der Aufruf, die Bauarbeiter so lange finanziell zu helfen, bis der Kampf der Bauarbeiter siegreich beendet ist.

Das „Volksblatt“ vom 13. August schreibt in seinem Bericht über die Verhandlungen im Bauwesen zu diesem nachdemenswerten Vorgehen des Ortsauschusses Wittenberg:

„Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß das Verhalten einzelner Ortsauschüsse ein Vorzeichen der Beschlässe des ADGB bedeutet. So hat z. B. der Ortsauschuß Wittenberg in einer Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte sich mit der Ausparierung der Bauarbeiter befaßt und auch zur finanziellen Unterstützung durch Sammlungen in den Betrieben aufgefordert. Wie schon berichtet, hat bisher der Bauarbeiterverband noch keine finanzielle Hilfe der übrigen Arbeiterklasse geordert. Wenn der ADGB im Einverständnis mit den Bauarbeitergewerkschaften Unterstützungsmittel für notwendig hält, wird er das schon bekommen. Wie dahin ist das Pulver trocken zu halten.“

Dieses Vorgehen, was alle bisherigen Handlungen der Sozialdemokratie und sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer an Schändlichkeit übersteigt, sollte von den Mitgliedern in allen Betrieben aufgefressen werden! Wenn die GGB-Verteiler die Solidaritätsbestimmung der Arbeiterklasse hochmütig zurückweist, ist die Mitglieder der Gewerkschaft des ADGB, und des ADGB, werden eine andere Anweisung darüber befehlen!

Die Eislebener Bauarbeiter geschlossen im Kampf und für Gewerkschaftseinheit

Am Mittwoch, dem 12. August 1925, fand in Eisenleben eine sehr gut besuchte Streikerversammlung der Bauarbeiter statt. Die Leitung des Bauarbeiterverbandes hatte verhindert, die Versammlung zu hinterziehen. Sie konnte jedoch nicht verhindern, daß der größte Teil ihrer Mitglieder in der Versammlung anwesend war. Kollegin **Witzburg** berichtete über die augenblickliche Situation des Kampfes. Die augenblickliche Diskussion ergab vollständige Einstimmigkeit über die Ausführungen des Referenten. Nachschleife Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

Die am 12. August 1925 gefundene gemeinsame Streikerversammlung der Eislebener Bauarbeiter beschließt, der Entscheidung der Untereinheit des Bauarbeiterverbandes in der Nr. 32 des „Kampfbüchlein“ zur Herstellung der Einheitsfront. Sie fordert von allen Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes, ihre Leitung zu zwingen, daß sie eine andere Stellung einnimmt, damit nach während dieses Streiks die gemeinsame Kampfrichtung hergestellt wird. Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen den unerwünschten Schritt des Konsumvereins Sangerhausen, der eine Unternehmung in die Kampfabteilung bezieht. Die Versammlung beschließt, solange im Kampfe auszuharren, bis das Unternehmertum geneigt ist, die nur allzu berechtigten Forderungen der Kampfbüchlein zu erfüllen.

Neue Aunition für die ausgeperrten Bauarbeiter

3. Auflistung

Folgende Sammelstellen der Internationalen Arbeiterhilfe wurden abgeleitet:

Nr. 62	6,-	Mk.
Nr. 128	126,90	Mk.
Nr. 155	53,50	Mk.
Nr. 157	36,50	Mk.
Nr. 163	21,10	Mk.
Nr. 171	24,50	Mk.
Nr. 173	8,60	Mk.
Nr. 179	8,-	Mk.
Nr. 181	15,-	Mk.
Nr. 183	53,30	Mk.
Nr. 188	25,50	Mk.
Nr. 190	23,60	Mk.
Nr. 195	16,95	Mk.
Nr. 276	24,95	Mk.
Nr. 283	38,55	Mk.
Nr. 284	17,70	Mk.
Nr. 293	38,50	Mk.
Nr. 311	3,05	Mk.
Nr. 323	10,20	Mk.
Nr. 325	66,85	Mk.
Nr. 333	19,-	Mk.
Nr. 334	22,15	Mk.
Nr. 347	18,25	Mk.
Nr. 352	12,25	Mk.
Nr. 359	11,-	Mk.
Nr. 362	20,50	Mk.
Nr. 402	40,-	Mk.
Nr. 414	39,-	Mk.
Nr. 438	25,50	Mk.
Nr. 35	10,-	Mk.
Montagslohn	48,-	Mk.
Glöarbeiter	25,-	Mk.
Summa:		824,65 Mk.
Sreits gutgeleitet:		1408,27 Mk.
Summa:		2332,92 Mk.

Kolleginnen und Kollegen! Mit unerminderter Heftigkeit geht der Kampf weiter. Die Unternehmerräte wollen die Bauarbeiter, ihre Frauen und Kinder aushungern. Dieser schändliche Plan muß durch die proletarische Solidarität der Arbeiter gescheitert werden. Der Kampf ist eine Unternehmung für die Bauarbeiter. Und in dieser Woche darf kein Arbeiter eine Auktion sein! Dieser gemeinsame Gelder sofort bei der Zentralstreikleitung „Kampfbüchlein“, im Bureau der IAW, im Kolonnenweg 2, oder im Bureau der Bauarbeiter, Berghausstraße 14, ab, wo auch Listen in Empfang zu nehmen sind.

Zum Bauarbeiterkampf in Lorgau

Die Streikleitung des ADGB teilt mit: Die Kollegen **Paulik** aus Lorgau, **Dunkel** und **Werner** aus Belgern wurden in den letzten Mitgliederberatungen des Bauarbeiterverbandes im Bezirksverein Lorgau ausgeschlossen. Die Genannten sind Mitglieder der Lorgauer Partei bzw. Stahlhelm und Werwolf. Es kann nicht angehen, daß Mitglieder dieser lokalen, nationalistischen Verbände in unseren Reihen gebildet werden, denn diese Verbände haben auf ihren Fahnen geschrieben: „Kampf dem Marxismus!“ Auch vertritt der Ausschluß **Paulik** bei dem Bauarbeiterklub Ludwig Streikarbeit. Wir fordern die Kollegen im Bezirk auf, wenn diese Leute auftauchen, sie sofort unter die Lupe zu nehmen.

Der Ortsauschuß des ADGB, Wittenberg unterstützt die kämpfenden Bauarbeiter

In einer kurz besuchten Versammlung des Ortsauschusses Wittenberg wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen und an den Bezirksauschuß und Bundesvorsitz des ADGB, gerichtet:

Der Ortsauschuß des ADGB, Vertreter von 1200 freigelegten Mitgliedern organisieren Arbeitnehmern, steht in der Schulungsfrage der Reichsregierung eine ungeheure Ausbeutung der arbeitenden Massen und eine Schädigung der Volksgesundheit und damit des gesamten Wirtschaftens darstellend. Es erwartet vom Vorstand des ADGB, daß er so auf die Reichsregierung einwirkt, daß diese die Vorlage zurückzieht. Sollte ihm das nicht gelingen, hat der Vorstand des ADGB die Verpflichtung, die Arbeitnehmern zum nächsten Kampf gegen die Schulungsfrage der Reichsregierung aufzurufen. Weiter fordern sämtliche anwesenden Gewerkschaften vom Vorstand des ADGB, daß er nicht unterläßt, um den Zusammenbruch aller gewerkschaftlichen Organisationen, besonders der Einvereinigten herbeizuführen und die Wiederannahme aller uns geschlossenen umgehend zu vollziehen. Denn ohne Erfüllung dieses wichtigen Schrittes sind alle Kampfmaßnahmen zwecklos und alle ephemer Gewerkschaften müßten an dem Ende der Kampfperiode des ADGB, scheitern.

Halle und Saalfkreis

Die Verhältnisse der Arbeiter

Gottlieb hat dem Pöbelgeier
nach dem Verfallungsbescheid
einmal Kissen mit dem Gesicht
Gottlieb hat der Gottlieb aus.

Durch den biden Dred der Gassen,
verpöppelt, daß unerschrocken,
trauf der letzten Träumen Sidel
Preußens Randes a. D. Feldmetel.

Zwar sind die Seine noch verborgen,
doch der Kisse ist verflorgen.
Gottlichs Geist und Kollit
fügt wiederum die Republik.

Ein Mann der „Klassenkampf“ nicht
sein Kissen, Kissen und Ehre,
dann hätte Gottlieb nicht zu tun
und könnte in seiner Pflanze ruhn.

So aber muß er weiter liegen,
daß sich die bidden Saaten biegen
und ist der Saaten nicht zu trumm,
er findet doch sein Publikum.

Ged. — Ged.

Der Magistrat als Hüter der Bauunternehmer

Die Stadtratsmitglieder wurden auf Monate in die Ferien geschickt. Inzwischen passiert angeblich nichts in Halle, was wert wäre, die Herrschaft zu einer Sitzung zusammenzuführen. Wir haben zwar wiederholt auf die Angelegenheiten, die unbedingt sofortige Verlesung erfordern; aber es hat sich niemand gerührt. Wer wird denn in diesen politischen Stunden an die Wähler denken — meinen die Herren vom Ordnungsbüro. Und die Sozialdemokraten haben die wichtige Arbeit, Verfassung zu feiern. Da kann nicht verlangt werden, daß man dem Magistrat auf die Finger liest. Der hat das Ansehen, das gar nicht mehr nötig ist. Er hat sich ja nach Meinung des „Volksblatt“ demokratisiert. Wir meinen allerdings, er hat es nur verstanden, seinen realistischen Kern Inhalt; besser in die demokratische Form zu fassen, und, so gutbereit, schmeißt diese Reaktion der SPD. vorzüglich.

Was geht in Halle vor? Wir haben da, um nur ein Beispiel anzuführen, auf die Heiligsprechung der Gebäude in Halle, die Herrschaft zu einer Sitzung zusammenzuführen. Wir haben zwar wiederholt auf die Angelegenheiten, die unbedingt sofortige Verlesung erfordern; aber es hat sich niemand gerührt. Wer wird denn in diesen politischen Stunden an die Wähler denken — meinen die Herren vom Ordnungsbüro. Und die Sozialdemokraten haben die wichtige Arbeit, Verfassung zu feiern. Da kann nicht verlangt werden, daß man dem Magistrat auf die Finger liest. Der hat das Ansehen, das gar nicht mehr nötig ist. Er hat sich ja nach Meinung des „Volksblatt“ demokratisiert. Wir meinen allerdings, er hat es nur verstanden, seinen realistischen Kern Inhalt; besser in die demokratische Form zu fassen, und, so gutbereit, schmeißt diese Reaktion der SPD. vorzüglich.

Nun aber haben in Halle Tausende von Bauarbeitern in der Ausprägung. Da muß der Arbeitsschmerz selbstverständlich bemerkt, daß der heilige Magistrat die Einheitsfront mit dem Bauunternehmer hat. Zu verurteilen ist es nicht. Ginge doch mit der Arbeiterbewegung der Bauarbeiter Hand in Hand die Arbeiterbewegung, und das bräute dem Magistrat guten Gewinn.

Nach der neuesten Methode des heiligen Arbeitsschmerzes sind die Bauarbeiter nichts als Sklaven, die man beliebig in den Händen halten kann. So sollte ein Bauarbeiter — aber es geht nicht — der bei einer ausmüßigen Firma beschäftigt war, die nicht ausreichte, folgendes Erlebnis auf dem Arbeitsschmerz: Er sollte gerade Abbezug seiner Arbeitslosenversicherung folgen.

Entlassungsbescheid

Wir bedauern hiermit dem Karl Bräuhau, daß derselbe vom 17. 6. 25 bis 27. 6. 25 bei uns als Bauarbeiter beschäftigt war und mit dem heutigen Arbeitsmangel entlassen worden ist.

Die Beiträge zur Allgemeinen Ortsrentenkasse in Halle und Umgebungsbezirk sind ordnungsgemäß bezahlt.

Rat — Baugesellschaft mbH, Mannheim S. 6.6.

Rat — Baugesellschaft mbH, Mannheim S. 6.6.
J. B. ges: Michael Franke, Bauleitender

Nun wurde beantragt, daß augenblicklich Bauarbeiterauswertung sei und er seinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung habe. Man wollte ihn ins Bettwerk nach außerhalb schicken. Dies verweigerte der Bauarbeiter selbstverständlich, und so wurde ihm die Arbeitslosenversicherung vorenthalten.

Man wird sich bei der Stadt wahrscheinlich auf das „Gesetz“ berufen, das solche Entlassungen zuläßt. Man kennt das. Schon in Thüringen wurde einmal in dieser Weise verfügt von dem damals regierenden Reichspräsidenten, der die Thüringer Arbeiterbewegung ins Kalte Wasser zu werfen suchte. Da sollte sich ein Sturm der Entrüstung erheben. Hier aber richtet sich der Stadtmagistrat getreulich nach dem Verbot der Thüringer „Ordnungs-Regierung und nicht Arbeiter, die nicht gewohnt sind, ins Bettwerk zu gehen, zu dieser für sie

Unter allen Umständen schwer gesundheitsschädlichen Arbeit. Außerdem weiß man ja, unter welchen Arbeitsbedingungen dort gearbeitet werden muß.

Es ist wirklich unerhört, daß Arbeiter, Menschen, die eine eigene Familie zu ernähren haben, wie Schachfiguren hin- und hergehoben werden, und überall da einbringen müssen, wo der Profitwille der Unternehmer es gerade erfordert.

Gegen diese unerhörten Methoden muß geschlossen Front gemacht werden. Erstens im Interesse der kämpfenden Bauarbeiter selbst, deren Reihen man auf diese Weise schwächen will. Dann aber auch im Interesse der gesamten hallischen Arbeiterklasse, die der Magistrat auf diese Weise terrorisieren will.

Wie Kriegsbefähigte demoralisiert werden

Am 15. August beginnt der 6. Tag des Reichsverbandes deutscher Kriegsbefähigter und Kriegshinterbliebener (RKB) des Saalgebirgs. Der Reichsverband ist bekanntlich die Kriegsbefähigten-Organisation der SPD, und nun muß man sehen, welche Tagesordnung dieser Reichsverband seinen Teilnehmern vorsetzen will, um zu erkennen, daß wirkliche Maulkorbmethoden gegen die Kriegsbefähigten zur Anwendung gebracht werden sollen. Wenn ein Kriegsbefähigter über seine Notlage in Erregung, sich nicht parlamentarisch genug ausdrückt, oder Unzufriedenheit seiner Führer offen ausspricht, so tritt folgender Punkt der Tagesordnung in Kraft:

1. Der 1. Verhandlungstisch eröffnet, leitet und schließt die Tagung.
- Es ist beabsichtigt und verpflichtet, die Ordnung in der Tagung aufrechtzuerhalten, insbesondere jeden Redner, der die Tagung führt, von ihrem Gegenstand abweicht, beleidigende Ausdrücke gebraucht, zur Schandung der Angelegenheiten der Kriegsbefähigten, zur Schandung der Tagung zu rufen.
- Als ein Redner in derselben Rede zweimal zur Ordnung gemeldet worden und stellt er in derselben Rede abermals gegen die

Ein hallischer Arzt über die soziale Lage der Ärzte im Sowjet-Rußland

In der jüngst erschienenen Nr. 25 der Berliner Verleger-Korrespondenz schreibt Dr. E. Wagner, Halle:

Das Interesse der deutschen Ärzte für die Lage ihrer Kollegen im neuen Rußland ist ein sehr großes. Wir benutzen deshalb die Anwesenheit des Vorlesenden der russischen Ärztezeitung, Professor Weissbrod, Moskau, der sich zum Studium deutscher Kliniken in Berlin befindet, um uns über die soziale Lage der russischen Ärzte zu informieren. Professor Weissbrod betonte mehrmals, daß die russischen Ärzte ein großes Interesse daran haben, mit den deutschen Berufscollegen die alten, einst so herrlichen Gesundheitsverhältnisse wiederherzustellen. Die russischen Kollegen würden sich sehr freuen, wenn recht bald eine deutsche Vertretung in Million nach der Sowjetunion käme, um das dortige Gesundheitswesen zu studieren. Im Interesse einer ersten Berichterstattung über die Verhältnisse im neuen Rußland und im Interesse der Wiederherstellung der alten guten kollegialen Beziehungen zwischen deutschen und russischen Ärzten wäre das Zustandekommen einer solchen Studienkommission nur zu begrüßen.

Für heute will ich verulden, an der Hand der von Professor Weissbrod gegebenen Informationen und meinen eigenen Jahresfrist in der Sowjetunion selbst gemachten Erfahrungen eine erste Studie im Hinblick der sozialen Lage der russischen Ärzte zu geben.

Durch die Revolution 1917 hat sich die Lage der Ärzte im Sowjet-Rußland grundlegend geändert, insofern, als die Ärzte durchweg Staatsbeamte geworden sind. Sie arbeiten in den Sowjetbüros und Krankenhäusern, den Fabrikklimatorien, den Universitätskliniken und Staatskliniken. Daneben steht natürlich die private Praxis auszuscheiden. Der Arzt wird natürlich in Sowjet-Rußland völlig unbedeutend, da der überwiegende Bestandteil der wertvollen Bevölkerung verstorben ist und dadurch Arzt und Heilmittel vollkommen fehlen.

Die Arbeitszeit eines Arztes beträgt auf Grund eines Gesetzes täglich 6 Stunden, die der Ambulanzarzt 4 Stunden und die der Klinikarzt nur 2 Stunden. Alle Ärzte genießen in der Woche eine mindestens zehntägige ununterbrochene Arbeitsruhe, so daß die monatliche Arbeitszeit nur 144 Stunden beträgt und auf 144 nicht überschritten wird. Jeder Arzt hat Anspruch auf einen jährlichen Urlaub von 4 Wochen; Wochnarzt, Spezialisten für Tuberkulose, Kinderkranke erhalten 6 Wochen Urlaub und auch sonst noch andere Vergünstigungen für ihren schweren Dienst.

Durch diese soziale Regelung des Arbeitssatz wird erreicht, daß auch der Arzt erfrischt, daß er ein Mensch ist mit persönlichen Bedürfnissen. Er erhält genügend freie Zeit, um sich mit seiner Familie zu beschäftigen, um zu können und Schritt zu halten mit dem Stand der Wissenschaft. Zu diesem Zweck richtet der Arztverband selbst besondere Kurse ein, zu deren Teilnahme alle Ärzte verpflichtet sind, ja der Verband kommandiert sie dazu. Das geschieht selbstverständlich auf Kosten der Sowjetregierung. Die Ärzte sind durch die Veranlassung der Ausbildung der Ärzte durch den Staat als wissenschaftliche Institute organisiert. Diese Institute wurden allein im Jahre 1924 von 2000 Ärzten besucht. Und auch sonst wird jeder Arzt, wenn er sich um eine neue Stelle bemüht, von einer aus Vereinen zusammengesetzten Kommission auf den jeweiligen Stand seiner Kenntnisse geprüft. Dadurch wird erreicht, daß das Wohl des Kranken, des Patienten in ausreichenden Grenzen sichergestellt wird und nicht angetrieben, es mit der Herabsetzung seines Wissens erntet und genau zu nehmen.

Unterleitetes folgen auch wieder bestimmte Verleumdungen (eine Art Ehrenamt) dafür, daß die Ärzte im Beruf selbst zeitlos ihre Pflicht erfüllen. Argenteum, Strafen, Entlassungen usw. Die Kollegenzeit selbst ist, es innerhalb ihrer Arbeitszeit, die erste Durchführung eines Grundgesetzes, das „publicus supremus lex“ heißt. Der Sowjetrat braucht weder Rücksicht zu nehmen auf die übertriebenen Spärmethoden mancher Agentenstellen, noch auf die unwissenschaftlichen Wünsche vieler Privatpatienten, er hat nur das zu tun, was die Wissenschaft vorschreibt. Jeder Korruption des ärztlichen Standes, die bei der progressiven Materialisierung des menschlichen Lebens in Europa nicht im letzten Verhältnis die beträchtliche Fortschritte gemacht hat, steht in Rußland infolge der Verwirklichung der Medizin jedweder Methoden. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß in Rußland alle Ärzte in Bezug auf die Moral Engel waren. Aber infolge der Verwirklichung sind dort die Erziehungsmethoden einfacher und wirksamer, da das Wohl des heilbedürftigen Volkes und des heilbringenden Arztes langarter.

So ist es möglich, daß in den Sowjetunionen um der Arzt ganz und gar ein Mensch werden kann und demnach nicht als Patient als Mensch behandelt wird. Der Arzt hat es nicht mehr nötig, gegen irgendwelche Verleumdungen anzukämpfen, die ihn in einem freien Berufe auf Schritt und Tritt verfolgen und desto häufiger auftreten, je schwerer der Kampf um Dasein wird. Eine Höflichkeit in der Sprache, was es das europäische Kranke stellenlassen dem bezieht, gibt es in Sowjet-Rußland nicht.

Ordnung, so ist ihm für die Dauer der Verhandlung über den vorliegenden Punkt der Tagesordnung das Wort zu entziehen.

Das ist die Methode des Deutschen Nationalen Grafen im Reichstag, die von dem Sozialdemokraten Hermann Müller so lebhaft unterstellt wurde. Jetzt wendet man sie von SPD, wegen selbst auf die Verleumdung an, wenn diese ihrer christlichen Enttäuschung Raum geben wollen.

Das wird ein feiner Gagat werden, wo den Kriegsbefähigten der Mund verboten wird. Es ist übrigens auch ein demokratisches Redefreiheit. Die Mitglieder im Reichsverband werden sich sicherlich diese Redefreiheit ihrer Rechte nicht bieten lassen. Wozu brauchen sie sonst eine Organisation, wenn sie nicht einmal dratun ausdrücken dürfen, was es ihnen um Herz ist.

Man sieht, des Vaterlandes Tant ist den Kriegsbefähigten auch von sozialdemokratischer Seite so gewiß, wie er ihnen von der Seite des Reichers gemäß ist.

Erläuterung

Wir Unterzeichneten erklären hiermit, daß die im „Klassenkampf“ veröffentlichten Berichte über die Betrunkenheit des „Volksblatt“-Redakteurs Rappert vollkommen der Wahrheit entsprechen.

Rich Brüdner, Kleine Goienstraße 3.
Gerhart H. G., Reilstraße 133.
Kurt Kahler, Jochenstraße 1.

Die Zahl der angeführten Zeugen siehe sich selbst von uns vernehmen. Wir wollen jedoch nichts weiter, als Herrn Rappert Gelegenheit geben, den Weg zu bezeichnen, den er einschlagen will, um dem Inhalt des im „Klassenkampf“ veröffentlichten Berichtes nachzugehen kann.

Im übrigen hat Rappert seine Betrunkenheit bereits selbst zu bekennen. Er hat nämlich die Wahrheit eines Vorganges bezeugt, der nicht hätte sein können, wenn er nicht gewesen wäre. Wir wollen jedoch den Mann nicht verurteilen, der sich betrunken und auch nicht wiederholte, was in der am Mittwoch stattgefundenen öffentlichen Versammlung von einem Arbeiter bezeugt worden war.

Wir sind nämlich gewohnt, mit politischen Argumenten zu arbeiten, im Gegensatz zu Herrn Rappert, der seinen Ruhm damit bezieht, kommunikativer Berichterstatter dem hochfunktionalen Staatsverordneten Rappert Bulle zu den Anzeigen und sie aus dem Stadtparlament herauszusagen zu lassen.

Hier ist genau farblich festgelegt, wieviel Patienten der Arzt täglich zu behandeln hat. Die Qualität der Arbeit bestimmt dabei die Zahl. Die zunehmende Zahl der Patienten führt zu einer Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte. Die Gesamtzahl der Ärzte hat gegenwärtig in Rußland im Verhältnis zum Bevölkerungszuwachs bedeutend zugenommen. Im Jahre 1913 gab es in dem Saalgebirgs-Bezirk der heutigen WEG-1, entsprechend, 12 677 Ärzte gegen 29 779 Patienten am 1. Januar 1925. Danach ist die Zahl der Ärzte um 135 Prozent gestiegen. Kam also im Jahre 1913 ein Arzt auf 6900 Personen, so kommt jetzt auf 4000 Personen ein Arzt.

Durch die Reamtion der Ärzte ist auch infolge einer besseren Behandlung der Patienten garantiert, als jetzt in der Stadt für die Anschaffung der Apparate und Instrumente zu sorgen hat. Die große Verleumdung der technischen Hilfsmittel, die sich anzuschaffen heute der Mehrzahl der privatpraktizierenden Ärzte sehr oft eine Unmöglichkeit ist, trifft den Sowjetarzt nicht mehr. Wieder haben auch hier Arzt und Patient den gleichen Nutzen.

Was die Entlohnung der beamteten Ärzte angeht, so richtet sich nach dem Dienstalter und der fachlichen Qualifikation. Solcher Gehaltsgruppen existieren 5 bis 6. Derartige Gehaltslisten, die sich ihrer Qualifikation nach nicht in einer dieser Gruppen trennen lassen, erhalten ihren besonderen Kenntnissen entsprechende besonders höhere Gehälter. Das Gehalt der Durchschnittsarzte beträgt im allgemeinen 75—250 Rubel (150—500 Gmk.) monatlich. Da die Preise für Lebensmittel heute in Rußland um vieles niedriger sind, als bei uns, ist das Gehalt in Rußland im Vergleich mit dem Kaufkraft der Gehälter eine viel höhere als bei uns. Dazu kommt daß die Mitglieder des Arztverbandes alle Bedarfsartikel in ihrem Konsumverzeilen kaufen können zu den denkbar günstigsten Bedingungen. Außerdem wird die materielle und soziale Lage der Ärzte in der Sowjetunion noch besonders begünstigt durch die Sicherung der Arbeitsfähigkeit infolge Krankheit oder Invalidität. In der Union der Ärzte ist die Versicherung aller Gehaltsempfänger obligatorisch, wobei die Versicherungsbeiträge ausschließlich von den Arbeitgebern (den staatlichen oder gesellschaftlichen) bezahlt werden. Der erkrankte Arzt erhält während seiner Krankheit das volle Gehalt weiter. Weibliche Ärzte (ebenso wie alle berufstätigen Frauen in der Sowjetunion) erhalten während ihrer Schwangerschaft und Stillzeit einen dreimonatigen Urlaub und während dieser Zeit das volle Gehalt. Der bei der Ausübung des Berufes arbeitsunfähig gemordete Arzt bekommt eine Unterbringung in der vollen Höhe seines Monatsgehältes. Eine ausreichende Unterbringung erhält auch die Familie des verstorbenen Arztes. Für die Verpflegung der Säuglinge eines Verstorbenen wird ebenso (bis zum 8. Monat) ein Zuschuß gewährt. Da während des Urlaubs das Gehalt weitergeführt braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Der Urlaub wird in besonderen Ruheplätzen, Sanatorien usw. verbracht, die sich am Meer oder im Gebirge (Krim, Kaukasus usw.) befinden und in Luftschiffen ehemaliger Fürsten eingerichtet sind.

Was besonders staatlicher Fürsorge werden auch die Landärzte bedacht. Es ist wie bei uns: niemand will auf dem Lande arbeiten, alle Kräfte strömen in die Stadt, besonders nach Moskau. Die Regierung räumt deshalb den Landärzten besondere Vergünstigungen ein und deren jungen Ärzten wird erlaubt, daß sie, ehe sie in der Stadt praktizieren, eine bestimmte Zeit auf dem Lande in den Kreisrentenbehörden gearbeitet haben müssen. Diese Maßnahmen machen sich nicht, weil infolge des starken Dranges nach den Städten dort eine beträchtliche Arbeitslosigkeit auftritt. Heftliche Beobachtungen fallen sich ja auch in anderen Ländern machen, und es wäre hier ebenso eine solche Zwangsangehörigkeit auf dem Lande sehr angebracht.

Gemeinschaftlich organisiert ist die Gesamtheit der russischen Ärzte im „Allrussischen Sanitätsarbeiterverband“, in welchem eine besondere Sektion bilden. In der gesamten Union der SSR gibt es gegenwärtig 45 000 Ärzte. Gehalt und Arbeitsbedingungen werden durch den Verband festgelegt. In allen Bezirken hat der Verband seine Vertrauensleute. Die Regierung wird die Ärzte betreffende Maßnahmen beschließen oder durchführen, ohne die Zustimmung der Verbandsoberleitung.

Das Zentralkomitee des Verbandes gibt als Verbandsorgan den „Medizinischen Arbeiter“ („Medizinisch Arbeiter“) heraus und für die Ärzte speziell ein wissenschaftliches Journal („Beitrag Sowjetmedizin“).

Das ist im großen und ganzen das, was über die Lage der Ärzte im neuen Rußland zu sagen wäre. Wenn auch niemand sagen will — und gerade Prof. Weissbrod würde sich besonders dabei — daß heute in Rußland schon alles erreicht wäre, so muß doch jeder, der das neue Rußland besucht hat, sich nicht wundern, daß in den letzten Jahren Genesendes geflohen und manches erreicht worden ist. Das Erreichte wird besonders dann ins helle Licht gerückt, wenn wir die Umstände berücksichtigen, unter welchen die Arbeit geleistet wurde: verheerende Epidemien (Malaria, Typhus), Wirtschaftslahmung und Interventionen durch die Entente. Dann muß man ehrlich gestehen: Es geht vorwärts in Rußland!

Eine Berichtigung, die keine ist

Wir erhalten folgende „Berichtigung“:
„Ich berufe mich auf das Pressegesetz und erlaube um folgende Aufnahme zur Berichtigung für den 1. August Zeitung vom 1. August erschienenen Artikel „Der Reichsverband der Arbeiter“.
Es ist nicht richtig“ daß Karl Heinemann die Frau Schönd, sowie deren Tochter in überlegter Weise überfallen hat, ferner die Mutter mit der Tochter zum Tode hinaustrick, ferner ist nicht richtig, daß Heinemann sich mit Hilfe eines Weibes Eintritt in die Wohnung verschaffe, nach mit dem Weibe auf die Tochter einwirkte. Ferner ist nicht richtig, daß Heinemann die Tochter in die Wohnung einführte, nach mit dem Weibe auf die Tochter einwirkte. Ferner ist nicht richtig, daß Heinemann die Tochter in die Wohnung einführte, nach mit dem Weibe auf die Tochter einwirkte.“

Richtig ist:
daß Heinemann die Tochter nach vorgegangenem Streit wegen ihrer Redensarten zur Rede stellte und als diese trotzdem wieder gemein wurde, ein paar Ohrfeigen gab. Richtig ist, daß Heinemann gegen die Mutter, als dieselbe mit ihren Redensarten allzu viel ausgesagt, eine Bemerkung machte, und sich sonst um dieselbe gar nicht kümmerte. Richtig ist, daß Heinemann erst nach wiederholter Aufforderung durch gemeine Redensarten, welche die Tochter aus dem Zimmer schickte, die Türe öffnete und die Tochter in die Wohnung einzudringen. Wozu nahm Heinemann das Weib, da jedoch der Griff locker war und er noch auf der Treppe kniete und der Stiel aus der Schärpe herausfiel, daselbst auf der Treppe liegen ließ. Richtig ist, daß Heinemann, da die Tochter trotzdem mit ihren Redensarten nicht aufhörte, sich mit der Wucht seines Körpers gegen die Türe stemmte und diese infolge ihrer Wichtigkeit nachgeben mußte. Richtig ist, daß Heinemann dieselbe nochmals ein paar antwortende Ohrfeigen verpackte, die diese erst geipirt haben mag. Ferner ist richtig, daß die Schupo kam, der Streit jedoch schon längst beigelegt war. Richtig ist noch, daß der Schupo vor der Schupo, sowie anderen Zeugen, erklärte, so ein paar Ohrfeigen, das macht ja nichts. Aber er hat mit noch am Arm weh getan.
Karl Hellweg.

„Ungelassen. Am 13. August gegen 250 Uhr nachmittags wurde vor dem Grundbuch Große Ulrichstraße 18 ein Ziffernvermerk von einem Klabfahrer angelesen und zu Boden geworfen, ohne etwas zu werden. Die Schuld trifft den Klabfahrer, da es übermäßig schnell gefahren ist.“



Von **25 Mk.** bei **5 Mark**
Anzahlung an wöchentlicher
erhalten Sie **Raten-Zahlung**
erstklassige **sofort geliefert**



Radler merke Dir genau
 diese Firma

H. F. V.

1 Jahr Garantie auf alle Räder!

1927

Gr. Ulrich-
 str. 25

Gr. Ulrich-
 str. 25

Hallescher Fahrzeug-Vertrieb

Ideal 118,00 Ravensberg 128,00 Basler 138,00

FAHRRÄDER

Ausnahme-Angebot!

Dauerwäsche-Stieftragen 55 ¢
 Amliedtragen 65 ¢
 buntdr. Amliedtragen 85 ¢
 Gute Normalsenden Doppelbrust 2,25
 Serren-Soden, Ia. von 80 ¢

Diplomaten 50 ¢
 Binder 1,00
 Regattes 1,10

Krawatten

Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2

Arbeitsstube Mt. 6,00 u. Mt. 6,95
 Kl. Ulrichstr. 9 gegenüber Café Freischütz

Programme

Bereits druckfertig
 liefert die
 Brodrucks-Gesell-
 schaft, Sönd a. d. S.,
 Zerkerstraße 14.

Kernseifen **Bürstenwaren**

Hohnwald jun.
 Weihenfels
 Große Rolandstraße 36

Toilette-Seifen **Parfümerien**

WALHALLA-THEATER
 Direktion: Adolf Bogel / Tel. 8335

Heute letzter Tag

das
**Kolossal-
 Programm**

wie es bisher in dieser
 Zusammenstellung
 von keinem Varieté
 gezeigt wurde

Anfang Punkt 7 1/2 Uhr

Achtung! **Achtung!**

Empfehle in dieser Woche:

pa. Schweinefleisch Pfund 1,40
 pa. Schweinebauch Pfund 1,20
 pa. Rindfleisch zum Kochen Pfund 1,20
 pa. Rindfleisch zum Braten Pfund 1,30
 pa. Hammelfleisch Pfund 1,20
 pa. hausgeschlachtene Wurst Pfund 1,20

Zum Verkauf kommt nur prima Ware, alles aus frischer eigener Schlachtung Marktstand rechts vor dem Rathaus

PAUL NACHSEL
 Fleischermeister
 Merseburg, Große Ritterstraße 12

Hallo! **Hallo!**

Auf dem Wochenmarkt in Zeitz
 empfehle ich:

prima hausgeschlachtene Wurstwaren
 Stand Schuhhaus Jander
 Blutrischen Fisch Sehr billig
 Stand Firma Berthold
 Sämtliche Grünwaren, Kartoffeln und
 laure Gurken Stand Goethe-Stubbe
 Max Günther, Masberg

*** Inzeratannahme ***
 für die Mansfelder Lande
 für

„Alaßentampf“
 Eisleben, Rathausstr. 7
 Alle Neubestellungen und
 Beschwerden über unregelmäßige
 Zustellung sind dorthin zu richten

Spendet i. d. „Rote Hilfe“

Wir empfehlen:

Ba. argentinisches Schmalz Pf. 0,75
 Rohschmalz Pf. 0,80
 Bratfett Pf. 1,00
 ohne Beilage Pf. 1,00

Karl Wahl & Sohn
 Zeitz, Kaiserstr. 12

Prima Arbeitsschuhe

beste Form 10,50 8,50 Mk.
 mit Eisen

Garantie für Haltbarkeit!
 Beflebungslager

Max Gaudes, Zeitz
 Zeitzger Straße 39

Empfehlen:

Junges fettes Rindfleisch Pf. 1,00
 mit Knochen Pf. 1,30
 Junges fettes Rindfleisch
 ohne Knochen Pf. 1,00
 Junges fett. Hammelfleisch Pf. 1,00

Ba. frisch, Schweinefleisch 1,20
 Blut und Leberwurst 1,20

Paul Kalb, Zeitz, Neumarkt 13

Achtung! **Achtung!**

Empfehle der Einwohnerschaft
 von Drohbig und Umgebung:

Ia. Lebensmittel!

Schokolade Kakao Kaffee
H. Bertram, Drohbig

Lichtspiel-Theater Wittenberg
 bezieht sich darzubieten für Freitag
 bis Montag den von Millionen
 Menschen gelesenen Roman

Das Larusweibchen
 Ein Zeitbild aus Berlin W in 6 Akten mit
Lee Parry
 Eva Eidenbüsch, Hans Hübner, Max Hord
 um. Die Handlung spielt in Bars,
 Café Rumpelmann, Landpötel und
 Scheibherau 1293

„Er“ als falscher Prinz
 Lustspiel in 2 Akten
 Anfang 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr

Lichtspiele Pieseritz
 Programm für Freitag bis Montag
 Wenn das Herz in Haß erglüht
 Ein Gesellschafts- und Sittendrama
 in 6 Akten mit reichhaltiger Besetzung
 Freitag

Chaplin als Feind der Liebe
 1294 Ein neues Chaplin-Lustspiel
 Als Umlage:
 Verführung der
 Film-Mitglieder der Reichs-Kinderstage
 von Sport- und Kulturverein
 Pieseritz, Kleinwittenberg dem 2.
 und 9. August
 Anfang: Freitag, Sonnabend u. Sonnt-
 ag 6 und 8 Uhr, Montag 8 Uhr
 Nur für Erwachsene. Sonntag, nach-
 mittags 3 Uhr: Kinderbetreuung. Ein-
 ge. Eintrittspreise u. Vorstellung bei
 Primannahmen o. Kinderfest n. z. u. d. Aug.

Weihenfels
 „Zur Erbs“
 Da is egal was los!

Weihenfels

Sonntag, den 18. Aug., vorm.
 10 1/2 Uhr, im Hotel „Honorol“
**Außerordentliche Podium-
 des Gewerkschaftsstarkeis**

Tagessordnung:
 1. Bericht über die Vorgänge im Kartell
 2. Gewerkschaftsbeschluss
 3. Stellungnahme zur Podiumfrage
 Das Erscheinen aller Kartellmitglieder u.
 Gewerkschaftsmitglieder ist erforderlich!

Der Ortsausschuss.

Geigen
Bogen
Kasten
Formetuis
Notenständer
 in größter Auswahl
 im
Musikhaus Niehle
 Weihenfels, Jüdenstr. 3

Werbt f. d. Klassenkampf

Familien-Nachrichten

Am 11. August entlieh unter
 der Aufsicht des Herrn, für die unter
 Ehrenmitglied unseres Vereins, der
 Schneidermeister 2194

Wilhelm Koblmann

Durch seinen liebenswürdigen Charakter
 hat er sich ein ebenbürtiges Ansehen
 in unserem Verein gesichert

Gesangsverein Liedertanz
 Der Vorstand

Dankagung

Für die überaus liebevollen Be-
 weise herzlichster Teilnahme bei
 meiner so früh hinzugehenden
 lieben Frau, unserer guten Mutter
Martha Hillebrecht
 geb. Wandermann
 lege ich allen Verwandten u. Be-
 kannten meinen innigsten Dank.
 Besonderen Dank dem Herrn
 Hofmann für seine wohlwollenden
 Worte. **Robert Hillebrecht**
 2493

Dank

Für die überaus zahlreichen Be-
 weise der Liebe und Teilnahme
 beim Hinscheiden unseres geliebten,
 unermesslichen Kindes, legen wir
 allen nur auf diesem Wege noch-
 mals herzlichsten Dank 1289

Weihenfels, den 12. Aug. 1925

Paul Lux und Frau
 Meiseburger Straße 186 a

Dank

Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme beim Heimgange unserer
 lieben Entschlafenen der Frau
Wilhelmine Brummerich
 geb. Hense
 legen wir auf diesem Wege unsern
 herzlichsten Dank. 2497

Die trauernden Hinterbliebenen

Extra-Preise!

Bade-Wäsche	Kurzwaren	Waschsachen	Teppiche	Gardinen
Badeanzüge prima Herbst 2,25 elegante Kaschierung 5,95 Kleider 7,90 4,90	Haarmadeln glatt und gewellt 2 ¢ Lockenmadeln alle Größen 1 ¢ Streckmadeln alle gute Stoffe 4 ¢ Sicherheitsmadeln 4 ¢ Schneckenkel prima Ware, 100 cm lang 4 ¢ Hemdenknöpfe prima Feines 8 ¢ Dübeln in allen Farben 8 ¢ Stopfwaren 8 ¢ Trägerhalter Celluloid, weiß 8 ¢ Libellen in allen Größen 6 ¢ Haarnetze doppelt, in allen Farben 7 ¢	Zephir-Kleider in schönen Stoffen 2,75 Ward-Musellkleider moderne 3,50 Jumper-Bluse getreilt, Zephir 8,8 Kragkleider in großer Auswahl 7,75 Voll-Vollkleider in bunten weis 8,75 Ward-Musell in schön. Stoffen 9,2 Wardkrepp 100 cm breit 1,15 Zephir für Sportkleider 7,3 Kleiderdruck 90 cm breit, mod. 8,5 Woll-Musell 100 cm breit 2,75	Perser-Teppich 290x300 lmt. 29,50 Strapazier Teppich 165x235 36,50 Perser Teppich lmt. 200x300 42,75 Tapestry-Teppich 200x300 69,50 Velour-Teppich 165x235 75,00 Rettvorleger sehr haltbar 3,95 Velour-Vorlage prima Qualität 9,75 Läuferstoff feste Ware, von 1,50 an Wachstuch 100 cm breit, gute 3,00 Wachstuch 100/115 cm breit 4,50	Halbstores 1,65 Halbstores 3,50 Künstler-Garitur 3,95 Künstler-Garitur 5,50 Tüllbettedecken einbettig 4,95 Tüllbettedecken zweibettig 9,75 Scheibengardinen 60 55 45 30 ¢ engl. Tau 43 ¢ Gardinenstoff 60 50 33 19 ¢ Fensterstipze 65 40 20 10 ¢ Tüllbettedecken

Vobach-Schnitte

Alex. Krichel
 HALLE, Marktplatz

Die Freude Ihrer Kinder

